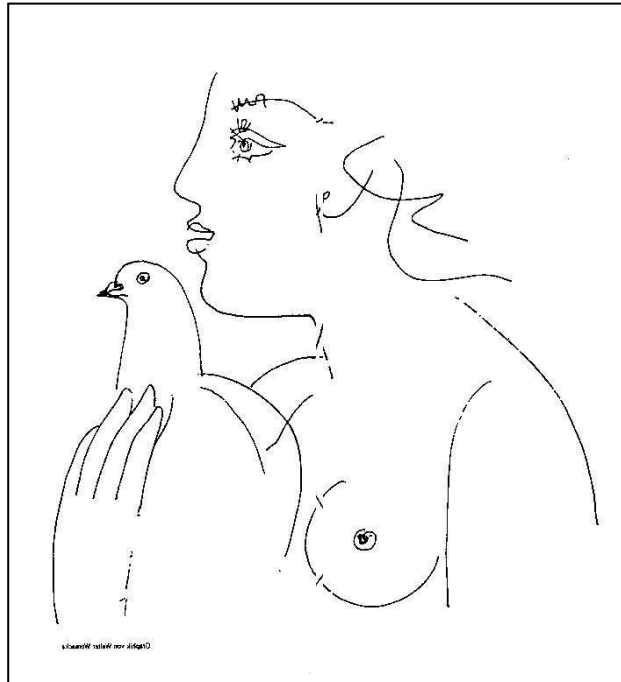


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 110



Präsident Barack Obamas zweite Amtszeit

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 22. Januar 2013

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Sein hart errungener Sieg im US-Wahl- und Machtkampf um das Weiße Haus gegen den republikanischen Herausforderer Mitt Romney war für Barack Obama zugleich untrennbar verbunden mit seiner Bestätigung durch 332 von insgesamt 538 Wahlmännern/ Wahlfrauen. Auf den Verlierer Mitt Romney entfielen 206 Wahlmänner/Wahlfrauen. Für einen Wahlsieg zum Präsidenten der USA sind 270 Wahlmännerstimmen die Grundvoraussetzung.

Das Wahlmännergremium entschied am 17. Dezember 2012 die Wahl von Präsident Barack Obama als Verfassungsauftrag. Am 3. Januar 2013 bestätigte der US-Kongress offiziell die Wiederwahl von Barack Obama. Damit endete der mehrstufige Prozess zur Ratifizierung des Wahlergebnisses vom 6. November 2012.

Der Wahlerfolg von Barack Obama ermöglicht dem ersten schwarzen Präsidenten der USA eine zweite Amtszeit, in der er bis 2016 in der Praxis den Nachweis dafür erbringen kann, dass das Versprechen in seiner Dankesrede am Abend des 'Wahltages 2012 "das Beste kommt noch" sowohl seiner eigenen Nation dient, als auch für alle Völker der Welt Frieden und sozialen Fortschritt bedeuten wird.

Die Beobachter und Analytiker der Wahlergebnisse beschäftigt seit dem 6. November 2012 ein Thema: Hält sich Barack Obama an die Ratschläge und Empfehlungen seiner Mitstreiter, Förderer, Kritiker und der neuen Wählergruppe, die da lauten: *Machs noch einmal, aber bewerte zunächst sehr gründlich und selbstkritisch das von dir Erreichte und korrigiere die von dir begangenen Fehler auf mehreren bedeutsamen Feldern der Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik der USA, um es im Verlaufe der zweiten Amtszeit in den kommenden vier Jahren Schritt für Schritt besser zu machen.*

Diese Fragestellung ist für mich Veranlassung, meinerseits eine Analyse über die von Obama in seiner ersten Amtszeit erzielten Ergebnisse auf wichtigen Politikfeldern vorzunehmen.

Kehren wir zum Beginn seiner ersten Amtszeit zurück.

Barack Obamas "nüchterne" Bilanz in seiner Antrittsrede am 20. Januar 2009

Nach seiner Vereidigung am 20. Januar 2009 hielt der erste schwarze Präsident der USA eine beeindruckende Rede. Darin skizzierte er die Hauptlinien seiner Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik und die wichtigsten Aufgaben seines Kabinetts. Er verdeutlichte die von ihm nach acht Jahren republikanischer Macht in Gestalt der Bush - Administration -festgestellten Veränderungen. Nüchtern war seine Bilanz über den maroden Gesamtzustand von Wirtschaft und Gesellschaft in den USA:

"Alle wissen, dass wir uns mitten in einer Krise befinden. Unsere Nation steht im Krieg gegen ein weit reichendes Netzwerk von Gewalt und Hass. Unsere Wirtschaft ist stark geschwächt, als Folge von Gier und Verantwortungslosigkeit in Teilen der Gesellschaft, aber auch wegen unseres kollektiven Versagens, harte Entscheidungen zu treffen. (...) Unser Gesundheitssystem ist zu teuer, unsere Schulen versagen zu oft. Und täglich gibt es neue Belege, dass unsere Art, Energie zu verbrauchen, unsere Feinde stärkt und den Planeten bedroht. (...) Weniger messbar, aber nicht weniger fundiert, ist der Vertrauensverlust in unserem Land - eine nagende Furcht, dass Amerikas Abstieg unabwendbar ist und dass die nächste Generation ihre Ansprüche senken muss."

Ausgehend von diesen komplexen Problemen entwickelte damals Präsident Obama seine Politik als einen Aufruf an das Denken und Handeln jedes US-Bürgers. Viele Wahlbeobachter stimmten darin überein, dass mehr als 80 Prozent der US-Bürger seinerzeit dem neuen Präsidenten zutrauten, sein Wahlversprechen vom Wandel in der Politik wahr zu machen, d. h. in praktische Ergebnisse zugunsten der Bevölkerung umzusetzen.

Am Ende seiner ersten Amtszeit können wir feststellen, dass Obama mit seiner Regierung auf einigen wichtigen Gebieten mit Hilfe von Reformen Lösungen von volkswirtschaftlichen und sozialen Problemen angepackt und dabei teils auch positive Ergebnisse erreicht hat. Allerdings ist das Vielfach nur in Ansätzen oder nicht gelungen, so dass ihm dank des 2012 erreichten Wahlsieges in den kommenden vier Jahren weitere Teilerfolge durchaus gelingen könnten. Er braucht dazu neue Mitstreiter, Berater und Kritiker, die

dazu fähig und in der Lage sind, neue Konzepte und Programme zu entwickeln

Zu den bedeutsamen Politikfeldern der Obama -Regierung gehörten während der ersten Amtszeit vor allem die Gesundheitsreform und das Konjunkturprogramm, die hier näher beleuchtet werden sollen:

1. Die Gesundheitsreform als sein wichtigstes Wahlversprechen, das der Präsident nur mit großen Anstrengungen in Gesetzesform mit knapper Stimmenmehrheit der Abgeordneten verabschiedet bekam.

Ihm wurde zugleich klar gemacht, dass die republikanischen Parlamentarier mit ihrer strikten Ablehnung dieser Reform alles unternehmen werden, die Gesundheitsreform rückgängig zu machen.

Die praktische Umsetzung dieses Gesetzes würde ein Großteil, ca. 34 Millionen der fast 50 Millionen US-Bürger, die über keine staatlich gesicherte Krankenversicherung verfügen, stufenweise in den Jahren 2013 bis 2016 zu sozialer Fürsorge auf diesem für das Leben der Menschen wichtigen Gebiet verhelphen. 15 Millionen Bürger bleiben weiterhin ohne Krankenversicherung.

Inzwischen ist aus diesem Gesetz ein riesiges Paket von über 1.000 Seiten geworden. Es steht unter dem Druck der Gesetzes-Gegner, die das Argument benutzen, der Staat würde Millionen Bürger zwingen, eine staatliche Versicherung wie ein normales Geschäft zwangsweise abschließen, was sie grundsätzlich ablehnen.

2. Um das von der Obama-Regierung in der ersten Amtszeit verabschiedete Konjunkturprogramm ist eine heiße Auseinandersetzung entbrannt.

Im Kern geht es darum, ob Höhe und Art des Einsatzes der zur Verfügung stehenden 800 Milliarden Dollar überhaupt ausreichen, den krisenhaften Gesamtzustand der US-Wirtschaft, dabei vor allem die sehr hohe Arbeitslosigkeit mit einer Arbeitslosenquote zwischen 7,8 und 10 Prozent und die

enorme Überschuldung des gesamten Landes mit einer Staats-schuld von gegenwärtig 16,4 Billionen Dollar, bewältigen bzw. überwinden zu können.

Die als konsequente Keynesianer bekannten Ökonomen Professor Paul Krugman und Professor Joseph Stiglitz – beide Wirtschafts-nobelpreisträger – machten frühzeitig auf folgendes aufmerksam: Die Obama-Regierung und ihre große Beratergruppe für Ökonomie im Weißen Haus verfolgten mit ihrer Wirtschaftspolitik eine konsequent neoliberale Grundposition, d. h. freie soziale Marktwirtschaft als Hauptschiedsrichter mit eingeschränkter Rolle des Staates bei der Regulierung der Volkswirtschaft.

So wurde in der ersten Amtsperiode von Obama zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, der Massenarbeitslosigkeit und der Bewältigung der Schuldenproblematik zwar versucht eine wirtschaftspolitische Methode anzuwenden, die eigentlich von den Keynesianern entwickelt wurde, nämlich mit Hilfe eines Konjunkturpaketes auf der Ebene der gesamten Volkswirtschaft Lösungen zu finden. Dabei sind den Neoliberalen jedoch eine ganze Reihe von Fehlern und Fehlentscheidungen unterlaufen. Sie begannen weder mit einer eingehenden Prüfung der politökonomischen Hintergrunddaten der sich seit 2006 entwickelnden Krise in den USA (Immobilienkrise/Finanzkrise/Rezession, d. h. seit 2008 durchgehende Wirtschaftskrise), noch analysierten sie die Auswirkungen der sich seit 2008 entwickelnden Weltwirtschaftskrise auf die Wirtschaft der USA.

Außerdem war aber der Zeitpunkt für eine Bewertung der 8jährigen politischen Herrschaft von Präsident George W. Bush und seines Vizepräsidenten Dick Cheney herangereift, bei der sich die Experten für Wirtschaftskrisen darin einig waren: Seit dem Amtsantritt von Präsident Franklin D. Roosevelt im Jahre 1932 hat kein Präsident der USA einen solch gewaltigen ökonomischen Scherbenhaufen als Erbe übernehmen müssen, wie 2008/2009 der gewählte erste schwarze Präsident der USA Barack Obama und sein Vize Joe Biden.

In dieser geschilderten Krisensituation nannte damals Professor Joseph Stiglitz drei Herausforderungen an die staatliche Wirtschaftspolitik in den USA:

Erstens: Wiederherstellung einer volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage, die mit Hilfe einer effektiven staatlichen Regulierung in der Lage ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und den Zustand der Vollbeschäftigung zu gewährleisten

Zweitens: Umbau des gesamten Finanzsystems, damit vor allem die Banken ihre eigentlichen Funktionen erfüllen können, wie dies vor der Wirtschaftskrise der Fall war.

Drittens: Restrukturierung der Volkswirtschaft mit dem Ziel, alle eingetretenen Verschiebungen bei den globalen komparativen Kosten in den Griff zu bekommen und volkswirtschaftliche Vorteile zu erzielen, die sich aus den neuesten technischen und technologischen Veränderungen ergaben.

In seinem sehr lesenswerten Buch "Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft." (Siedler Verlag) brachte er bereits 2010 seine Sorge zum Ausdruck „ dass die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, um nicht in den Abgrund gerissen zu werden, womöglich unsere Rückkehr zu robustem Wachstum hemmen. So kurzsichtig die Banken bei der Kreditvergabe waren, so kurzsichtig waren wir bei unseren Rettungsaktionen - mit Konsequenzen, die sich vielleicht bis weit in die Zukunft hinein bemerkbar machen werden. Diese sind besonders offensichtlich im Finanzsektor, der sich im Zentrum des Sturms befand."

Professor Paul Krugman, der neben seiner Lehrtätigkeit an der Universität Princeton zugleich als Krisenspezialist und als ein weltweit anerkannter Verfasser von wöchentlichen kritischen Kolumnen in der New York Times zur Regierungspolitik tätig ist, beschäftigte sich mit dem Volumen des US-Konjunkturprogramms, seiner mangelnden Ausstattung sowie mit den dafür vorgesehenen volkswirtschaftlichen Aufgaben. Er wies nach, dass die 800 Milliarden Dollar viel zu wenig waren. Es hätten mindestens 50 % mehr sein müssen: "Die zentrale Frage ist, ob Obama später noch einen Nachschlag vereinbaren kann, wenn sich zeigt, dass das Programm völlig unzurei-

chend gewesen ist. Ich vermute nein. Das ist wirklich schlimm." (New York Times vom 7.2.2009)

Die mangelnde Ausstattung des Konjunkturprogramms der Obama-Regierung war nach Krugmans Einschätzung nicht das Resultat intellektueller Fehleinschätzung. Ursache dafür waren die in den USA gegebenen Kräfteverhältnisse und Obamas falscher Politikansatz.

Bereits im Dezember 2008 – so war damals zu lesen – hatten Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und Obamas Vorsitzende des Council of Economic Advisers, Christina Romer, in einem Treffen mit Obamas Wirtschaftsminister, Lawrence Summers, ihre Kalkulationen vorgelegt und zu Konjunkturprogrammen im Umfang von wenigsten einer Billion Dollar (Stiglitz) bzw. 1,2 Billionen Dollar (Romer) gedrängt.

Vier Jahre später – im Januar 2012 – berichtete die New Yorker Zeitung darüber, dass Obama, Summers, Chefberater David Axelrod und Rahm Emanuel, Stabschef im Weißen Haus, beide Vorschläge von Romer und Stiglitz mit der Begründung abgelehnt hatten, die Überschreitung der Billiardengrenze sei politisch nicht durchsetzbar. Zusätzlich argumentierten sie, das Konjunkturprogramm solle nicht die gesamten krisenbedingten Arbeitsplatzverluste kompensieren, sondern lediglich eine finanzielle Kernschmelze in der produktiven Basis vermeiden. Noch weitergehenden Überlegungen von Christina Romer zum Kampf gegen Krise und Arbeitslosigkeit wurde von den genannten Führungskräften der Demokratischen Partei ein Riegel vorgeschoben.

So ergab sich, dass Obamas großes Konjunkturpaket nicht durch ein Beschäftigungsprogramm ergänzt wurde. Es wurden Beispiele von fehlerhaften Kreditvergaben in Millionen Dollar-Höhe bekannt. Energieminister Steven Chu, selbst Physiknobelpreisträger, setzte sich beispielsweise dafür ein, dass der Firma Solindra in Kalifornien, einer verheißungsvollen Start-up-Firma, ein Kredit in Höhe von 535 Millionen Dollar eingeräumt wurde. Diese Firma ging 2011 bankrott. Insgesamt 1.100 Mitarbeiter verloren ihre Jobs, das Fördergeld war weg,

und die Republikaner hatten Futter für ihren Wahlkampf gegen die Obama-Regierung.

3. Die Analyse zeigt aber auch, dass Barack Obama als US-Präsident in seiner zweiten Amtszeit für die Lösung offener Probleme auf zahlreichen weiteren Politikfeldern die Hauptverantwortung behält.

Das sind - die bereits unter Präsident Bush eingesetzte Bankenrettung, die immer noch offene Finanzmarktreform, die (Teil-)

Verstaatlichung der Automobilindustrie, die Ausweitung der US-kriegerischen Handlungen auf sechs Länder (Irak, Afghanistan, Pakistan, Jemen, Libyen, Somalia) sowie eine neue aggressive Geopolitik in Zentralasien, im Mittleren Osten und im asiatisch-pazifischen Raum, verbunden mit einer neuen exportorientierten Wachstumsstrategie,

Soweit eine Analyse der Ergebnisse der ersten Amtszeit von Barack Obama auf wichtigen Politikfeldern. Es zeigt sich, dass in der zweiten Amtszeit Probleme zu lösen sind, die für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in den USA Bedeutung haben.

Im politischen Zwei-Parteien-System der USA scheint allerdings im Kongress die Blockadepolitik der republikanischen Parlamentarier bis jetzt unüberwindbar. Soll die Entwicklung weitergehen muss also ein Kompromiss gefunden werden.

In einem Wahlkampf voller Hass und Zerrissenheit, der bis zuletzt unentschieden war, gelangten offensichtlich viele US-amerikanische Politiker sowie Vertreter einflussreicher Kapitalgruppen zu der Erkenntnis, dass die Weltmachtrolle der USA auf dem Spiel steht, das Land sich immer mehr in Richtung "Supermacht auf Abruf" entwickelt und weitere empfindliche Verluste zu befürchten sind.

Mit einer von seinen Wählern erwarteten kritischen Analyse der Ergebnisse seiner ersten Amtszeit und mit entsprechenden Schlussfolgerungen für die Politik der nächsten vier Jahre könnte Barack Obama nach ihrer Ansicht vor allem dreierlei überzeugend nachweisen:

1. **dass die USA mit den Ergebnissen der "wichtigsten Wahl der Welt" zu einer Politik der Vernunft zurückkehren, was immer das bedeuten mag.**

Eine solche Stimmung hat William Galston, derzeit tätig als Senior-Fellow an der für die Demokratische Partei wichtigsten wissenschaftlichen Einrichtung, der Washingtoner Brookings Institution, wie folgt zum Ausdruck gebracht: "Ich sehe einige ermutigende Anzeichen. Am meisten ermutigt mich, dass inzwischen vernünftige Vertreter der Wirtschaft öffentlich die Initiative ergriffen haben. Es gibt ein Bündnis von hundert Chefs großer Konzerne, die sagen: Genug ist genug! Lasst uns Vernunft annehmen und eine gemeinsame Grundlage finden. Diese Wirtschaftsleute sind nicht wie die Republikaner gegen sinnvolle Steuererhöhungen. Sie sagen, dass wir Kompromisse brauchen, wenn wir Dinge hinbekommen wollen. Und sie sagen, wenn es uns wirklich darum geht, unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bekommen, dann müsse unser politisches System an diesen Herausforderungen wachsen. Es geht um wirklich einflussreiche Menschen. Zum ersten Mal seit sehr langer Zeit sind sie bereit, über andere Themen zu sprechen als über ihre unmittelbaren Unternehmerinteressen. Das ist der Anfang einer anderen Art von Debatte und könnte einen großen Unterschied ausmachen." (s. Die Zeit vom 8. November 2012, Nr. 46, Seite 2)

2. **dass auf den für die Zukunft der USA bestimmenden Feldern der Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik ein Neuanfang zur Lösung großer Aufgaben möglich geworden ist.**

Bereits bei seinem ersten Auftreten vor der hauptstädtischen Presse nach der erfolgreichen Wiederwahl, unterstrich Präsident Barack Obama, dass es nunmehr um die Neujustierung der Macht geht. In den USA müsse als erste Aufgabe die Haushaltklippe ("fiscal cliff") gemeinsam von Präsident und den Mitgliedern beider Kammern des Kongresses einer Lösung zugeführt werden.

Sollte der zwischen Demokraten und Republikanern bestehende Haushaltsstreit bis Jahresende (gemeint war 2012), auch mit Hilfe eines Kompromisses, nicht gelöst werden kön-

nen, dann treten automatisch radikale Ausgabenkürzungen in Höhe zwischen 600 und 700 Milliarden Dollar sowie Steuererhöhungen in Kraft. Sie könnten die ohnehin lädierte US-Wirtschaft wieder in die Rezession stürzen und die Zahl der Arbeitslosen weiter nach oben schnellen lassen.

Mit der Haushaltsanierung ist auch die Lösung der Schuldenproblematik verbunden.

Im ersten Vierteljahr 2013 steht die Erhöhung der Schuldenobergrenze auf der Tagesordnung des Kongresses. Die Gesamtverschuldung der USA übersteigt dann mit mindestens 16,5 Billionen Dollar die gegenwärtige vom Kongress bestätigte Schuldenobergrenze.

Schon zu Beginn der ersten Amtszeit, 2008/2009, brachen die Staatseinnahmen ein. Das Staatsdefizit und die Gesamtverschuldung des Landes schnellten in die Höhe. Der Kampf um den Staatshaushalt erhielt neue Dimensionen. Am Ende der ersten Amtszeit mussten die Führungspersönlichkeiten der beiden großen Parteien den Beweis liefern, dass sie aus der Geschichte der Fiskalklippe gelernt haben. Sie mussten aufeinander zugehen und nach einem für alle Seiten akzeptierbaren Kompromiss suchen, um eine Lösung im Haushaltsstreit zu Beginn der zweiten Amtszeit zu finden. Der abgeschlossene Kompromiss darf nicht mit der Lösung der damit verbundenen Probleme verwechselt werden. Das kann auch wiederum mit politischen Zuspitzungen und Konsequenzen verbunden sein.

Auf den am Jahreswechsel erzielten Kompromiss werden wir später zurückkommen.

3. **dass sich Obama als Präsident der USA überzeugend sowohl für eine weltweit erfolgreiche wirtschaftliche Kooperation als auch für die Herstellung beständiger friedlicher Beziehungen mit all ihm zur Verfügung stehenden Kräften einsetzen wird.**

Zu seiner Wiederwahl erhielt er Glückwünsche von Staatsoberhäuptern aller Länder der Erde, verbunden mit der Bereitschaft und dem ausdrücklichen Wunsch zur Fortsetzung,

Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit. Das könnte ein Ausgangspunkt für eine Politik zur Herstellung beständiger friedlicher oder normaler Beziehungen - in einer zunehmend multipolaren Welt - sein.

Die Ergebnisse der verschiedensten politischen Analysen der ersten Amtszeit des ersten schwarzen Präsidenten der USA, die politischen Anforderungen, die sich daraus ergeben, haben zweifellos den Verlauf der Wahlen, die politischen und wahltaktischen Positionen der beiden Parteien und ihrer Spitzenkandidaten wesentlich bestimmt.

Zum Wahlsystem und zum , Verlauf der "Wahlen 2012" am 6. November

Die US- Wahlen 2012 erfolgten auf der Grundlage der in der Verfassung festgeschriebenen Grundsätze, die für ganz USA verbindlich sind, sowie spezieller wahlrechtlicher Bestimmungen, gültig für die 50 US-Bundesstaaten mit ihren Gouverneuren und die Bundeshauptstadt Washington, D.C. mit dem Bürgermeister an der Spitze

Am 6. November 2012 entschied das Wahlvolk verfassungsgemäß zunächst auf indirektem Wege über den **Präsidenten** durch die Bestimmung von 538 Wahlmännern/Wahlfrauen als Mitglieder des Wahlmännergremiums (Electoral College).

In Abhängigkeit von der Bevölkerungsstärke verfügt jeder der 50 Bundesstaaten bzw. die Bundeshauptstadt Washington, D.C., über eine unterschiedliche Anzahl von Wahlmännern/Wahlfrauen, angefangen von drei/vier bis zu fünfundfünfzig.

Derjenige Kandidat (Obama oder Romney), der in einem Bundesstaat bzw. in der Bundeshauptstadt durch die Mehrheit an Wählerstimmen siegt, bekommt alle Wahlmänner/Wahlfrauen des Bundesstaates/der Bundeshauptstadt zugesprochen:

Bundesstaat	Rang nach EW-Zahl	Anzahl der Wahlmänner	Stimmenanteil der DP in %	Stimmenanteil der RP in %	Gewinner
Alabama	23	9	38	61	Romney
Alaska	47	3	42	55	Romney
Arizona	16	11	44	54	Romney
Arkansas	32	6	37	61	Romney
California	1	55	59	39	Obama
Colorado	22	9	51	47	Obama
Connecticut	29	7	58	40	Obama
Delaware	45	3	59	40	Obama
District of Columbia	50	3	91	7	Obama
Florida	4	29	50	49	Obama
Georgia	9	16	45	53	Romney
Hawaii	40	4	70	28	Obama
Idaho	39	4	33	65	Romney
Illinois	5	20	57	41	Obama
Indiana	15	11	44	54	Romney
Iowa	30	6	52	46	Obama
Kansas	33	6	38	60	Romney
Kentucky	26	8	38	61	Romney
Louisiana	25	8	41	58	Romney
Maine	41	4	56	41	Obama
Maryland	19	10	62	36	Obama
Massachusetts	14	11	61	38	Obama
Michigan	8	16	54	46	Obama
Minnesota	21	10	53	45	Obama
Mississippi	31	6	44	55	Romney

Missouri	18	10	44	54	Romney
Montana	44	3	42	55	Romney
Nebraska	18	5	38	61	Romney
Nevada	35	6	52	46	Obama
New Hampshire	42	4	52	46	Obama
New Jersey	11	14	58	41	Obama
New Mexico	36	5	53	43	Obama
New York	3	29	63	36	Obama
North Carolina	10	15	48	51	Romney
North Dakota	48	3	39	59	Romney
Ohio	7	18	50	48	Obama
Oklahoma	28	7	33	67	Romney
Oregon	27	7	53	43	Obama
Pennsylvania	6	20	52	47	Obama
Rhode Island	43	4	63	35	Obama
South Carolina	24	9	44	55	Romney
South Dakota	46	3	40	58	Romney
Tennessee	17	11	39	59	Romney
Texas	2	38	41	57	Romney
Utah	34	6	25	73	Romney
Vermont	49	3	67	31	Obama
Virginia	12	13	51	48	Obama
Washington	13	12	56	42	Obama
West Virginia	37	5	35	62	Romney
Wisconsin	20	10	53	46	Obama
Wyoming	51	3	28	69	Romney

Bis zum 11. Dezember 2012 mussten alle vorhandenen Streitigkeiten betreffs Ernennung der Wahlmänner in den Bundesstaaten und der Bundeshauptstadt geklärt werden.

Am 17. Dezember 2012 kamen die 535 Wahlmänner in den Hauptstädten der jeweiligen 50 Bundesstaaten bzw. 3 in der Bundeshauptstadt mit dem Ziel zusammen, ihre Stimmen für den Präsidenten abzugeben. Die Stimmzettel wurden eingesammelt, sofort versiegelt und nach Washington gesandt.

Am 26. Dezember 2012 hatten alle Wahlergebnisse dem Senatspräsidenten vorzuliegen.

Am 6. Januar 2013 wurden in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern des Kongresses die Stimmen vom 17. Dezember 2012 ausgezählt. Das Ergebnis wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Am 20. und 21. Januar 2013 erfolgten die Vereidigung, die Amtseinführung sowie die traditionell so beliebte Inaugurationsfeier für den erneut gewählten Präsidenten.

Im Vergleich zu 2009 fielen die Feierlichkeiten 2013 viel bescheidener aus. Statt zwei Millionen Gäste war es 2013 nur rund die Hälfte, die an den stark reduzierten kulturellen Veranstaltungen teilnahm. Gespart wurde beim Inaugurationskomitee und den vielen Helfern, bei den Vorbereitungen für das Weiße Haus, bei der Paradestrecke, den zu erneuernden Grünflächen, für Schmuck, Werbung und bei den Honoraren für beteiligte Kulturschaffende. Symbolik wird in den USA bei solchen Anlässen groß geschrieben.

Der politische Streit sollte in den Tagen der Inaugurationsfeierlichkeiten schweigen. Die USA beschwören die Tradition. Die Obamas hatten den 19. Januar 2013, der mit dem Martin-Luther-King-Day zusammenfiel, zu einem "Day of Services" ausgerufen und baten die Bürger, einen ehrenamtlichen Dienst zu leisten. Die Feiern endeten am Dienstag, dem 22. Januar 2013, mit einem Gottesdienst in der National Cathedral, bei dem Demokraten und Republikaner einträchtig nebeneinander saßen.

In einer kämpferischen Antrittsrede zur zweiten Amtszeit kündigte Präsident Barack Obama harte Zeiten an, versprach wichtige Reformen und betonte die Bedeutung von Freiheit und Gleichheit.

Darin liege die Stärke der USA begründet: "Das, was unsere Nation zusammenhält, ist nicht unsere Hautfarbe, nicht unser Glaube oder die Herkunft unserer Namen. Was uns auszeichnet, was uns zu Amerikanern macht, ist unsere Loyalität einer Idee gegenüber, die vor mehr als zwei Jahrhunderten in einer Erklärung niedergeschrieben wurde." Es gelte, die Demokratie von Asien bis Afrika, vom amerikanischen Kontinent bis zum Nahen Osten zu fördern. Obama mahnte gleiche Chancen für alle an. Und schließlich begründete er: "Das amerikanische Volk kann die Anforderungen der Welt nicht mehr allein erfüllen."

Zu den Wahlen der zwei Kammern des Kongresses

Nach den Ergebnissen der Kongresswahlen werden im Senat 53 Sitze von Demokraten, 45 von den Republikanern und 2 von Unabhängigen wahrgenommen.

Im Repräsentantenhaus werden nach bisher vorliegenden Wahlergebnissen 194 Abgeordnete die Demokratische Partei und 233 die Republikanische Partei vertreten. Die konstituierende Sitzung des Kongresses fand am 3. Januar 2013 statt.

Wahl von Gouverneuren

Gouverneure wurden neu gewählt in 11 Bundesstaaten und in 2 US-Territorien. Siege errangen 6 Demokraten, 4 Republikaner und 1 Unabhängiger.

Zum Wahlverhalten am 6. November 2012

Das Wahlverhalten der US-Bürger fand sowohl in den USA als auch weltweit eine große Aufmerksamkeit. Man benutzte daher auch den Ausdruck "die wichtigsten Wahlen der Welt". Die folgenden statistischen Angaben werden vor allem für Trendeinschätzungen genutzt:

US-Präsidentenschaftswahl 2012: Stimmverhalten (Anteile in Prozent)		
	Barack Obama	Mitt Romney
Weißer Wähler	39	59
Afroamerikaner	93	6
Latinos	71	27
Asiaten	73	25
Frauen	55	44
Männer	45	52
18 - 29 Jahre	60	37
30 - 44 Jahre	52	45
45 - 64 Jahre	47	51
ab 65 Jahre	44	56
Protestanten	42	57
Katholiken	50	48
Liberale	86	11
Konservative	17	82
kein Schulabschluss	64	35
Hochschulabschluss	47	51
Einkommen unter 50.000 US-\$ pro Jahr	60	38
Einkommen über 100.000 US-\$ pro Jahr	44	54
Verheiratete	42	56
Ledige	62	35
Homosexuelle	76	22
Heterosexuelle	49	49

Quellen: Spiegel online 07.11.2012 und Welt Trends Ausgabe 9 (2012), S. 44

Stimmenanteile in Prozent:

Geschlecht

Männer: 45 für Obama, 52 für Romney, fehlende Prozentpunkte zu Hundert entfallen auf andere Kandidaten.

Frauen: 55 für Obama und 43 für Romney

Hautfarbe

Weiß: 40 für Obama und 58 für Romney

Schwarze: 93 für Obama 6 für Romney

Latinos: 69 für Obama 29 für Romney

Asiaten: 74 für Obama 25 für Romney

Alter

18 bis 29: 60 für Obama 36 für Romney

30 bis 44: 52 für Obama 45 für Romney

45 bis 64: 48 für Obama 51 für Romney

ab 65: 44 für Obama 55 für Romney

Quelle CNN

Zum Wahlverhalten der rund 610.000 in Deutschland geborenen Menschen, die in den USA leben, wurde noch vor der Wahl prognostiziert, dass 86 Prozent Obama wählen und nur 5 Prozent Romney. ("Oh, mein Amerika" Stern Nr. 45 vom 31. 10. 2012)

Die SUPER Illu Nr. 47 vom 15. 11. 2012 veröffentlichte mit der Überschrift "Obamas Wiederwahl und wir Deutschen" eine Betrachtung von Hugo Müller-Vogg, der vier Jahre als Korrespondent in New York tätig war. Er begründet die in ganz Deutschland verbreitete Meinung, dass 92 Prozent aller Deutschen Barack Obama gewählt hätten. Der Autor beantwortet die Frage "*Woher kommt diese deutsche 'Obamanie'?*" wie folgt: "Die Deutschen finden Obama und seine Familie einfach 'cool', viel menschlicher und glamouröser als ihre eigenen Spitzenpolitiker. Sie schätzen besonders, dass er in seiner ersten Amtszeit keinen einzigen Krieg begonnen hat, dass er weltweit als Versöhner auftritt. Sie sind von seiner Lebensleistung beeindruckt, erliegen seinem Charisma.

Zudem hat Obama bewiesen, dass die Vereinigten Staaten auch für Schwarze ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten sind. Er hat den Klimawandel auf die Tagesordnung gesetzt, die Rolle der Frauen gestärkt, sich als Sozialreformer profiliert und den Homosexuellen längst überfällige Rechte zugestanden. So ein ökologisch-sozial-emanzipatorisch-multikultureller Amerikaner im Weißen Haus kommt bei uns allemal besser an, als ein angeblich schießwütiger Cowboy. Mit Obama als Präsident wirken die USA in deutschen Augen plötzlich friedlich und freundlich."

Der Autor widmet sich danach der Schilderung kritischer Einschätzungen der Deutschen zur Lage in den USA unter Präsident Obama:

"Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist Obama kläglich gescheitert. In Guantanamo werden weiterhin Gefangene unter völkerrechtswidrigen Bedingungen festgehalten. Die Finanzspekulanten hat er nicht gezähmt, und in Afghanistan und Pakistan setzt er fleißig jene Drohnen ein, die die Deutschen eigentlich für Teufelszeug halten.

Ebenfalls kein Thema für die deutsche Öffentlichkeit ist, dass sich Obama als 'pazifischer Präsident' fühlt, dass ihn Asien mehr interessiert als Europa. Das besondere, zu Zeiten des Kalten Krieges begründete transatlantische Verhältnis ist nach wie vor intakt, aber unter seiner Präsidentschaft merklich abgekühlt."

Zu Referenden im Prozess der Wahlen am 6. November

Am 6. November 2012 lagen den Wahlteilnehmern 170 Referenden (Volksabstimmungen oder Volksentscheide) zur Entscheidung in 38 US-Bundesstaaten vor.

Organisiert werden die Referenden auf Initiative von US-Bürgern mit Unterstützung von Bürgerrechtsorganisationen der verschiedensten Art, von Parteien, Vereinen, Gewerkschaften, religiösen Institutionen oder einzelnen Personen. Gegenstand sind Wünsche und Forderungen zur Beseitigung von bestehenden Ungerechtigkeiten oder in anderen Regionen bereits bestehender Vorteile für einzelne Bürgergruppen. Bei Zustimmung können gesetzliche Regelungen auf der Ebene von Bundesstaaten durch deren Parlamente oder Gouverneure entstehen. Es gibt aber auch Ablehnungen und Misserfolge.

Einige Beispiele:

- Zustimmung erhielt in Colorado und Washington der Antrag zur Legalisierung der Droge Marihuana.

Laut Sender CNN erklärte dazu der Gouverneur von Colorado, John Hickenkooper: " Die Wähler haben gesprochen, und wir respektieren ihren Wunsch." Allerdings müsse er darauf hinweisen, dass die Droge aus der Sicht der Bundesbehörden in Washington, D.C. weiterhin illegal sei. Mit den geplanten Gesetzesänderungen

dürfen Erwachsene ab 21 Jahren in Colorado und Washington künftig knapp 30 Gramm der Droge besitzen. Viele US-Bundesstaaten haben Marihuana bereits zu medizinischen Zwecken legalisiert.

- In Maryland und Maine wurde die Homo-Ehe erlaubt. Dies ist bereits in acht Bundesstaaten der Fall.

Der US-Präsident hatte im Mai 2011 Homosexuellen, die heiraten wollen, seine Unterstützung zugesagt. Aktivisten bejubelten diese Entscheidung als Wendepunkt im Kampf um die Rechte von Homosexuellen. Die Ergebnisse zu einem solchen Referendum in Washington und Minnesota stehen noch aus,

- In Kalifornien wurde der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe und auf Ersatz durch lebenslange Haft ohne Möglichkeit der Begnadigung von knapp 54 Prozent abgelehnt.
- In Puerto Rico, das gegenwärtig noch den Status eines US-Territoriums besitzt, lag ein von Bürgern Puerto Ricos stammendes Referendum zur Staatsbürgerschaftsfrage vor.

Sie begründeten den Antrag, zukünftig den Status "51. Bundesstaat der USA" zu erhalten. Das wäre mit einer Reihe Vorteile verbunden: Stärkere materielle und finanzielle Mittel zur Unterstützung durch den Bund, Recht zur Wahl von zwei Senatoren, Stimulierung zur industriellen Entwicklung und zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, produktivere Teilnahme am Binnen- und Außenhandel der USA, stärkere Einbezogenheit in die Außenpolitik u. a.

In 1967, 1993 und 1998 durchgeführten Referenden wurde der bisherige Status bestätigt. Jetzt geht es vor allem um die Verleihung des Wahlrechtes und die Einbeziehung in das Steuersystem.

Wie es Barack Obama und seinem Wahlkampfteam gelang, ein neues Bündnis von Wählergruppen zu mobilisieren.

Es geht um den ganzen 6. November 2012, dem Tag der "US-Wahlen 2012": Als Präsidentschaftskandidat legte er ganz richtig bereits großen Wert darauf, allen Wählerinnen und Wählern einen einprägsamen Auftakt zum Wahltag zu kreieren. Er selbst war sich sicher, die Wahl als US-Präsident wieder zu gewinnen. Deshalb 'twitterte' er in der frühen Morgenstunde an Millionen Wähler "Four more years" / "Vier Jahre mehr" und legte ein Bild dazu, wie er seine Frau Michelle umarmt.

Im Verlaufe des 6. November bildete sich eine qualitativ neue und bisher nicht gekannte neue Gemeinschaft von Wählergruppen, die Obama ihre Stimme gaben und von ihm nunmehr erwarteten, dass die Vereinigten Staaten von Amerika den Wandel zu einem sozialen, friedlicheren und ökologischeren Amerika vollziehen, den Obama bekanntlich 2008 versprochen hatte. Diese Mehrheit ist nicht bereit, schon nach vier durch Krisen geschüttelten und auch enttäuschenden Jahren die Hoffnung auf Wandel aufzugeben und das Land den Republikanern und der Tea Party zu überlassen. Ihr Votum war eine klare und unmissverständliche Absage an Extremisten und ultrarechte Ideologen.

In dieser Wählergemeinschaft für Präsident Obama waren vertreten:

- 60 % der **jungen Wähler** bis 30 Jahre: Viele nahmen mit wahrer Begeisterung und Überzeugung, oft spontan, an Demonstrationen in größeren US-Städten unter der Losung "Four More Years" für den Wahlsieger Obama teil. Es zahlte sich aus, dass der Präsident auf vielen Zusammenkünften mit Wählern ganz speziell für den Abbau der außerordentlich hohen Langzeitarbeitslosigkeit von jungen US-Bürgern eingetreten war, indem er sich auf die Analysen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf bezog. Weit bekannt war auch sein resolutes Eintreten für Jugendliche von Eltern aus Ländern Lateinamerikas, die ausgewiesen werden sollten, weil sie arbeitslos waren. Er wies Maßnahmen dagegen an, die er nunmehr in seiner zweiten Amtszeit mit Hilfe von Gesetzen noch wesentlich erweitern kann. Genau so, wie er zu Beginn seines Wirkens als Präsident im Frühjahr 2009 sein zweites unterzeichnetes Gesetz der Fürsorge und ersten Hilfe für kranke Kinder und Jugendliche widmete.
- **Frauen**, die sich mit 55 Prozent für die Wahl von Barack Obama entschieden hatten, nur 42 Prozent für Mitt Romney. Das erste Gesetz, das Obama als Präsident unterschrieb, trug den Titel "Lilly LedbetterFair Pay Act" - Antilohndiskriminierungsgesetz. Es diente als Hauptziel der Durchsetzung des Prinzips 'gleicher Lohn für gleiche Arbeit', der Wiederherstellung effektiver zivilrechtlicher Maßnahmen gegen Lohndiskriminierung und des Prinzips "Gleiches Recht für alle". Ledige Frauen konnten bei zi-

vilrechtlichen Prozessen durch Berufung auf dieses Gesetz ihnen zustehende Rechte voll in Anspruch nehmen. Bei der Besetzung von Leitungsfunktionen in der Regierung bis zu den Ministerposten, beim vollkommenen Neuaufbau des Weißen Hauses bis zu den Leitern der Sachbüros, bei der Besetzung der Verwaltungsfunktionen, überall erhielten weibliche Antragstellerinnen Unterstützung durch Obama -Mitreiter. Spezielle Institute sowie staatliche Einrichtungen der Frauenförderung erzielten ähnliche Wirkung. Auch in der Wirtschaft galt es, manche Schwierigkeiten für Frauen zu überwinden. Frauen würdigten das Versprechen Obamas, sich für die baldige Beendigung kriegerischer Auseinandersetzungen im Fernen Osten und im arabischen Raum einzusetzen. Er wird auch dafür sorgen, dass der US-Truppenrückzug aus Afghanistan so erfolgen wird, wie es seine Regierung mehrfach bereits angekündigt hat. Genau in Richtung Stärkung und Festigung des Friedens erfolgt der Einsatz von Diplomaten im Nahen Osten.

Die Beispielwirkung seiner Ehefrau Michelle war für den Wahlerfolg des Präsidenten besonders stark und vielseitig: Erste und wichtigste Beraterin für den Ehegatten, eindrucksvolle Eröffnungsrede bei der Vorstellung von Barack Obama auf einer Wahlkundgebung, Durchführung eigener Wahlveranstaltungen, vorbildliche Erziehung der beiden Töchter, umfassende Nutzung des Weißen Hauses für Kontaktpflege mit der Bevölkerung, Pflege einer gärtnerischen Anlage mit dem Ziel, neue Gemüse-, Obst- und Blumensorten erfolgreich zu züchten. – Die alles ist bei den Wählern im Land gut angekommen

Mit viel Geschick wurden die modernen Kommunikationsformen genutzt.

Twitter und Facebook meldeten Rekordumsätze mit Buttons und Fotoaufnahmen des Ehepaares Obama. Auf Obamas offizieller Facebook-Seite meldeten sich mehr als 2,8 Millionen mit dem Klick "Gefällt mir." Twitter meldete 31 Millionen Nachrichten zur US-Wahl. Ihren Höhepunkt erreichte die Nachrichtenflut, als Obama zum erneuten Wahlsieger ausgerufen wurde. Da zählte das Netzwerk kurzzeitig mehr als 327 000 Nachrichten pro Minute.

Die nächste große Wählergruppe für Obama sind – wie bereits erwähnt – die Afroamerikaner zu 93 % (6 % für Romney) die Hispanoamerikaner zu 71 % (27 % für Romney) die Asiaten zu 73 % (25 % für Romney). Der Wahlsieg in diesen Bevölkerungsgruppen hatte demonstriert, wie die demografischen Verschiebungen die politische Landschaft der USA bereits verändert haben. Präsident Obama schlussfolgert: "Was Amerika zu einer einzigartigen Nation macht, sind die Bande, die uns zusammenhalten, gerade weil wir so verschieden sind, aus verschiedensten Ecken der Welt stammen."

Im Jahr 2012 sind die US-Amerikaner mit hispanischen Wurzeln die am schnellsten wachsende Wählerschicht. Monat für Monat erreichen 50 000 Latinos das 18. Lebensjahr und werden damit wahlberechtigt. Die Demokraten haben diese Trends viel besser und eher begriffen als die Republikaner. Sie feierten sich als "Partei der Offenheit".

Obamas Wahlkampfteam in Chicago erkannte rechtzeitig, dass sich die demografische Entwicklung in den USA zu einer echten Wahlkampfswaffe entfalten kann, d. h. Hautfarbe und Herkunftsländer können sich zu einem einzigartigen Mix verändern, natürlich zu ihrem Vorteil.

Die wichtigsten 'swing Staaten', so Berater von Obama, sind dazu höchstwahrscheinlich bestens geeignet. Las Vegas avancierte zu einem zweiten Hauptquartier des Wahlkampfes 2012. Miami in Florida ebenso und Denver in Colorado. Überall machten Obamas Mitstreiter Hunderte Büros auf, besetzt mit freiwilligen Helfern, die meist selbst Angehörige von Minderheiten waren. Im Weißen Haus stellte Obamas Regierung drei bilinguale Experten ein, um jedes Memo, jede Presseerklärung auch in spanischer Sprache zu veröffentlichen. Das Obama-Team gab mehr als doppelt so viel für TV-Werbepots in Spanisch aus wie die Rivalen des Teams Romney. Letzterer überhörte alle Warnungen besonders die aus Florida.

(s. Quelle: Der Spiegel, Nr. 45, vom 12.11.12, ab S. 96)

Die Wahlmänner aus den bedeutenden Swing-Staaten Florida, Virginia, Colorado, Nevada, Ohio, Iowa und New Hampshire stimmten für Barack Obama.

Von den sechs bevölkerungsreichsten US-Bundesstaaten stimmten fünf, nämlich Kalifornien, New York, Florida, Illinois und Pennsylvania mit all ihren Wahlmännern für Barack Obama und nur die des US-Bundesstaates Texas für Mitt Romney.

Die prozentuale Mehrheit an Wählergruppen in allen vom Hurrikan "Sandy" so hart getroffenen Bundesstaaten an der US-Ostküste, angefangen von der Hauptstadt Washington, D.C. und Maryland, allen New-England-Staaten bis hin nach Hawaii, in dem sogar der Notstand ausgerufen werden musste, stimmte ebenso für Barack Obama.

Die Naturkatastrophe mit dem schön klingenden Namen "Sandy" bot dem US-Präsidenten kurz vor dem Wahltag 2012 die unvorhergesehene Chance, erfolgreich in seiner stärksten Doppelrolle aufzutreten: Sowohl als überparteilicher Staatschef und auch als zupackender Oberbefehlshaber. Ohne wie ein Wahlkämpfer zu wirken, konnte er zwei der wichtigsten politischen Botschaften für seine zweite Amtszeit unter die gesamte US-Bevölkerung bringen:

Erstens dass in Notzeiten der Staat helfen kann und muss. In den USA steht der Präsident an der Spitze der Regierung, der die gesamte Administration aufeinander abgestimmt führen muss und nicht kaputt sparen darf.

Zweitens muss der Präsident, sollte er aus der Demokratischen Partei kommen, gut mit seinem politischen Gegner, der die Republikanische Partei vertritt, zusammenarbeiten. Im konkreten Fall von Barack Obama musste dieser mit dem republikanischen Gouverneur von New Jersey, Chris Christie, der ehemals zu den scharfen Kritikern des Präsidenten Obama gehörte, harmonisieren und zusammenarbeiten.

Im Fall von New York City, die vom Hurrikan mit 46 Todesopfern und mit entsetzlichen Verwüstungen heimgesucht wurde, ist der parteilose Bürgermeister Michael Bloomberg der Partner von Barack Obama. Beide verstanden sich sofort bestens und ergänzten sich in ihrer jeweiligen Führungstätigkeit. Bürgermeister Bloomberg gab deshalb den Wählerinnen und Wählern den Ratschlag, Präsident Obama wieder zu wählen.

Ein breites aber auch durchaus buntes Wählerpotential hat Obama eine zweite Amtszeit im Weißen Haus gebracht, wobei ganz offensichtlich die Erwartungen innenpolitischer und sozialer Veränderungen im Vordergrund standen. Entscheidend wird sein, wie es ihm und seiner Mannschaft gelingen wird, diesen Erwartungen gerecht zu werden.

Eine erste Betrachtung zu außenpolitischen Fragen.

Im Prozess der Wahlen wurde deutlich, dass es sowohl in den USA als auch in der internationalen Öffentlichkeit große Erwartungen an die Außenpolitik der USA in der zweiten Amtszeit des Präsidenten gibt.

Viele US-Bürger möchten ihr Land weiter als Führungsmacht sehen und gleichzeitig wächst die Ablehnung von Kriegen und aufgeblähten Militär-Ausgaben.

International sind Hoffnungen verbreitet, dass von Seiten der USA Kriege und militärische Interventionen, einschließlich des Einsatzes von Drohnen beendet werden und eine deutliche Reduzierung der Rüstungen und des Waffenhandels erreicht wird. Unüberhörbar sind Forderungen nach Verbot von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen.

Eine Einschätzung, wie sich diese wichtige Seite der Politik in der zweiten Amtszeit entwickeln wird bedarf weiterer Recherchen und Analysen so auch des Textes der Antrittsrede des Präsidenten.

Allerdings deutet bisher nichts daraufhin, dass der wiedergewählte Präsident in der Außenpolitik grundsätzliche Änderungen beabsichtigt. Zwei Aussagen, die in seiner Antrittsrede zur zweiten Amtszeit eine Rolle spielten sind dafür zu beachten: „Es gilt, die Demokratie von Asien bis Afrika, vom amerikanischen Kontinent bis zum Nahen Osten zu fördern.“ Wie diese Förderung bisher in der diplomatischen und militärischen Praxis aussah ist bekannt. Inwieweit sie Obama in seiner zweiten Amtszeit ändern will oder ändern kann ist noch nicht entschieden.

Offensichtlich wird er die Politik der Leadership für die USA beibehalten. Das hat schon missionarischen Charakter und daran ändert auch nichts der Satz "Das amerikanische Volk kann die Anforderungen der Welt nicht mehr allein erfüllen."

Mit der ersten Auslandsreise nach seiner Wiederwahl nach Myanmar (früher Birma) und Kambodscha - die von Medien gern als „historisch“ bezeichnet wird, wurden entsprechende Zeichen gesetzt. Es herrschte, wie der Nachrichtensender CNN hervorhob, angesichts des 'historischen' Besuchs eine Art Obama-Fieber in Rangun. Er komme, um sein Versprechen wahr zu machen und "die Hand der Freundschaft" auszustrecken. Obama würdigte die ersten Reformschritte des Landes, betonte aber gleichzeitig, dass sie nur ein Anfang sein könnten. Die Reformen könnten "das unglaubliche Potential dieses schönen Landes" entfesseln. Die Bemühungen um größere Freiheiten für die Bevölkerung hätten jedoch erst begonnen, der Weg sei noch weit. Wenn das Land weiter echte Reformen vortreibe, würden die USA alles tun, um den Erfolg zu gewährleisten.

Die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi sagte, sie sei zuversichtlich, dass die USA ihr Land in den kommenden, vermutlich schwierigen Jahren unterstützen würden: "Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht einer Illusion des Erfolges hingeben", mahnte sie.

Präsident Obama hatte ein Gespräch mit Staatschef Thein Sein. Dieser hatte seit seinem Amtsantritt Ende März 2011 mehr als 800 politische Gefangene freigelassen. Die lange Zeit unter Hausarrest stehende Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wurde ins Parlament gewählt. Seitdem besuchten mehrere ranghohe US-Vertreter das Land, darunter die damalige Chefdiplomatin Hillary Clinton, die diesmal ihren Präsidenten Obama begleitete.

Die Obama-Regierung hat inzwischen einen Großteil von Sanktionen gegenüber Myanmar gelockert und ebenso eine stattliche Anzahl von burmesischen Exporten nach USA erleichtert. Obama verkündete, dass die Entwicklungshilfeorganisation USAiD in Birma aktiv sei. Mit Derek Mitchell war seit langem wieder ein US-Botschafter nach Rangun entsandt worden.

Im Anschluss an den Besuch reisten Präsident Obama und die damalige Außenministerin Clinton nach Kambodscha, um am Gipfeltreffen der Südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN teilzunehmen.

Soweit zu den euphorischen Berichten der Medien über den Besuch Obamas in Rangun, wobei eine gewisse Zwiespältigkeit in den Äu-

ßerungen Obamas zur Lage im Land und zu seinen Erwartungen, wie sich die Dinge zu entwickeln haben, nicht zu übersehen ist.

In der Presse erschien genau in diesen Tagen ein Bericht über einen Vortrag von Obamas Nationalem Sicherheitsberater Thomas E. Donilon beim Center for Strategic Studies, in dem es hieß: "Die Reise des Präsidenten markiert den Anfang in der nächsten Phase einer Neujustierung der Außen- und Sicherheitspolitik" der USA. Donilon unterstrich mehrfache die Bedeutung dieser Feststellung: Diese sei sowohl als grundsätzliche Orientierung auf die Asien-Pazifik-Region zu verstehen, aber auch als Orientierung auf die Handlungen der USA innerhalb der Region, wie Obamas Besuch in Birma, Thailand und Kambodscha zeigte.

Die USA wollen in dieser Region militärisch und ökonomisch stärker präsent sein, um ihre eigenen Interessen, gemeinsam mit ihren Partnern, besser durchsetzen und die Expansion der chinesischen Einflussphäre begrenzen zu können. Die Beziehung zu China werde künftig, wie Donilon euphorisch unterstrich, von "Zusammenarbeit und Wettbewerb" geprägt sein.

Damit ist von kompetenter Seite offen gesagt, was die eigentliche Botschaft dieser Reise Obamas und ihrer verschiedenen Stationen ist. Es geht um die Erringung und Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft der kapitalistischen Weltmacht USA gegenüber der sozialistischen Volksrepublik China.

Das werden wir - so die unmissverständliche Reaktion der neuen chinesischen Führung auf ihrem jüngsten 18. Parteitag - zu jeder Zeit zurückweisen und zu verhindern wissen.

Chinas Botschafter in Deutschland, Shi Mingde, gab dem „Neuen Deutschland“ ein Interview über seine Bewertung des vollzogenen Generationswechsels an der Spitze der Partei. Auf die Frage, war das mehr als ein Personalaustausch, antwortete Botschafter Shi Mingde:

"Wir haben eine neue Mannschaft mit einem neuen Führungsstil - sachkundig, innovativ, pragmatisch -, wir haben aber auch eine neue Zeit. Die Führung mit Generalsekretär Xi Jinping an der Spitze stellt sich den großen Herausforderungen, vor denen China steht:

den sozialen Problemen, der Änderung der Entwicklungsformen, der Bekämpfung der Korruption. ...

An den großen Zielen wird sich wenig ändern, wir werden weiter den Weg des Sozialismus chinesischer Prägung gehen, die Politik der Reform und Öffnung fortsetzen, dies aber unter neuen Bedingungen. Wir treten also in ein neues Entwicklungsstadium ein. Da geht es um mehr als einen Personalwechsel."

(Quelle: neues deutschland vom 19./20. Januar 2013, S. 7)

Ich möchte diese ersten Betrachtungen zu den in der zweiten Amtszeit zu erwartenden außenpolitischen Positionen mit einer aktuellen Information abschließen.

Am 25. Januar 2013 setzte sich der nominierte US-Außenminister John Kerry bei seiner Anhörung im Auswärtigen Ausschuss des Senats für die Fortsetzung einer breit angelegten außenpolitischen Strategie der USA ein. Sie dürften sich dabei nicht nur auf ihre militärische Stärke stützen: "Amerikanische Außenpolitik wird nicht allein von Drohnen und Truppenentsendungen bestimmt. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Gute, das wir tun, um Leben zu schützen und zu verändern, überschattet wird durch die Rolle, die wir seit dem 11. September (2001) spielen müssen - eine Rolle, die uns aufgezwungen wurde."

Er befürworte eine entschlossene Entwicklungshilfe. Um dazu in der Lage zu sein, müssten die USA allerdings zunächst die eigene Wirtschaft ankurbeln. "Außenpolitik ist mehr als jemals zuvor eine Wirtschaftspolitik". Kerry, 69 Jahre alt, Vietnamkriegsveteran und langjähriger Senator (28 Jahre Mitglied und seit 2009 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats) ist der Wunschkandidat Obamas für den Posten des Außenministers seines Kabinetts der zweiten Amtszeit. Er erhielt im anschließenden Bestätigungsverfahren die einmütige Unterstützung aller anwesenden demokratischen und republikanischen Senatoren.

(Quelle: Freundlicher Empfang für nominierten Außenminister Kerry im Senat, <http://www.welt.de/113125722>)

Auch diese Information setzt praktisch keine Zeichen für eine eindeutig neue Strategie in der Außenpolitik der USA in den nächsten Jahren.

Wie verhielten sich die Linken in den USA zum Sieg von Obama?

Zu den am 6. November, dem US-Wahltag 2012, ausgezählten und für gültig erklärten 63.500.000 Ja-Stimmen zu Gunsten Barack Obamas, gehörten auch die Stimmen links orientierter Mitglieder der beiden großen Parteien sowie die Stimmen von Mitgliedern Demokratischer Drittparteien und von Organisationen wie Gewerkschaften und Bürgerrechtsverbänden.

Von großem Interesse und aufschlussreich sind die Einschätzungen von Professor Joseph M. Schwartz, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Sozialisten von Amerika (DAS). Die mit Abstand größte sozialistische Gruppierung in den USA ist keine Partei, sondern eine unabhängige Organisation, die mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Mitgliedern des linken Flügels der Demokratischen Partei zusammenarbeitet. Professor Schwartz lehrt Politikwissenschaften an der Temple University in Philadelphia.

Auf die Frage vom neuen Deutschland: "Was bedeutet Obamas Sieg für die politische Linke in den USA?" antwortet Professor Schwartz: "Ein Mitte-Links-Kandidat hat einen Kandidaten besiegt, der Gefangener rechtspopulistischer Kräfte innerhalb und außerhalb der Republikanischen Partei ist, die vor weißer nationalistischer, ausländerfeindlicher und patriarchalischer Politik nicht zurückschrecken. Die Obama-Koalition besteht aus progressiven Gewerkschaftern, einem Mittelstand, der für den Staat und den Non-Profit-Sektor arbeitet, Feministinnen, und - ganz wichtig - Afroamerikanern und den meisten Latinos. Das ist genau die Wählerbasis, die auch einer revitalisierten Linken zu Grunde liegen müsste. Sozialisten wären allerdings im Prinzip lieber in Opposition zu einer Regierung der Mitte.

Die Linke weiß, dass Obama sich nicht eindringlich genug für Arbeitsbeschaffungsprogramme, für Menschen, die in der Krise ihre Häuser verloren haben, und für eine strikte Regulierung des Finanzsektors eingesetzt hat. Und seine Gesundheitsreform bringt zwar Millionen Menschen die Krankenversicherung, bedeutet aber auch staatliche Unterstützung für private Versicherungsfirmer und eine Gesundheitsindustrie, die von Großunternehmen dominiert ist.

Immerhin festigt sie die Idee, dass sich die Regierung für eine anständige Krankenversicherung aller Bürger einsetzen soll.

Frage: Was bedeutet der Wahlausgang für das Verhältnis der USA zu Europa? Wird es neue Forderungen an Deutschland geben, sich bei der Lösung der Eurokrise stärker zu engagieren?

Antwort: Ich vermute, die Regierung Obama wird nur geringen Druck auf Deutschland ausüben, neue Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der europäischen Wirtschaftskrise aufzulegen. Denn Obamas Wirtschaftsberater sind von der neoliberalen Austeritätspolitik angesteckt. Eher werden sie sagen, die defizitären Länder Südeuropas sollten den Gürtel noch enger schnallen.

Als Internationalist glaube ich nicht, dass ein strikter Sparkurs aus einer Rezession führt. Mir scheint, es ist im Interesse Deutschlands, Europas und der Menschen in der Welt, dass Europa die Rezession durch Wachstum und linke Keynes'sche Impulse bekämpft. Deutschland sollte sich der desaströsen wirtschaftlichen und politischen Folgen für die ganze Welt erinnern, die es hatte, als das Land in den 1920er Jahren wegen der Reparationen an Frankreich und Großbritannien unter starken Druck geriet. Südeuropa zu zwingen, zur Schuldenbedienung drastische Einschnitte beim Lebensstandard vorzunehmen, hätte desaströse Folgen nicht nur für Europa, sondern für die gesamte Weltwirtschaft."

(Quelle: neues deutschland vom 10./11. November 2012, S.6)

Am 3. Dezember 2012 wandte sich der international bekannte Filmproduzent und hoch geschätzte Friedenskämpfer Michael Moore in einem offenen Brief an den US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama. Er beglückwünschte ihn zur Wahl und unterstrich, dass Obama der erste Demokrat sei, der mehr als 50 % der Stimmen seit Roosevelt erreicht hat. Aber es gibt noch eine Menge Probleme, die ungelöst sind. Deshalb brauchen wir Sie, um dafür zu kämpfen. Die Wall Street und die Superreichen führen seit über 30 Jahren einen blutigen Klassenkrieg, und es ist Zeit, dass sie gestoppt werden. Wir wollen einen wirklichen Wandel.

Michael Moore schrieb: "Diesmal ist es Zeit, für uns alle einzutreten und falls Sie das tun, werden Sie nicht nur 10 Millionen von uns hinter sich haben, die Sie unterstützen, wir werden einen Überras-

schungsangriff auf den Kongress machen, einen so großen, dass sie nicht wissen wollen, wer ihn inszeniert hat. ... Hier sind meine Vorschläge:

1. Die Rechte der Reichen von ihrer Finanzklippe zu stoßen.
2. Ein Ende der Kriege jetzt!
3. Beenden Sie den Drogenkrieg!
4. Erlassen Sie ein Moratorium für Hausdarlehen und Räumungsklagen.
5. Zu den Geldeinnahmen außerhalb der Politik: Sie wissen darüber schon Bescheid. Die Öffentlichkeit hat das satt. Es ist Zeit zu handeln!
6. Erweitern Sie die Obamafürsorge!
7. Setzen Sie das Glass-Steagall-Gesetz wieder in Kraft! Sie sollten die strengen Kontrollen über die Wall Street, die Reagan, Clinton und die Bushs aufgehoben haben, wieder herstellen.
8. Reduzieren Sie die Kreditschulden der Studenten!
9. Bradley Manning muss freigelassen werden!
10. Fragen Sie uns, wenn etwas zu tun ist."

Michael Moore hebt hervor, dass er einer der 63.500.000 Wähler für Präsident Obama war, der nunmehr zu Taten bereit ist, wenn Gesetze auf den Weg gebracht werden müssen: "Wir werden mobilisieren! Die Republikaner sind Dauerredner? Wir werden sie stoppen!...Wir sind mit Ihnen!" (Quelle: Rationalgalerie-Archiv: Rubrik "Startseite" Michal Moore an Obama 03.12.12)

Zu den Gewalt- und Bluttaten in Newtown/Connecticut und Longmont/Colorado

Die Zeit nach den Wahlen am 6. November 2012 und der Sieg Obamas bei diesem Wahlgang waren überschattet von den Gewalt- und Bluttaten in Newtown/Connecticut und Longmont/Colorado. Einem Amoklauf an der Sandy-Hook-Grundschule in Newtown fielen 20 Kinder und 6 Erwachsene zum Opfer. In der us-amerikanischen Gesellschaft entbrannte erneut die Diskussion um eine Verschärfung der Waffengesetze.

Präsident Obama zeigte sich geschockt. Er berief seinen Vize Joe Biden zum Leiter einer Kommission, die sich umfassend mit der Gesamtproblematik befassen soll und konkrete Vorschläge zur Um-

setzung von Maßnahmen bis hin zur Verschärfung der in den USA existierenden Waffengesetze unterbreiten soll.

Lt. Information aus Regierungskreisen soll sich die Kommission auch mit Gewalt in Filmen und Computerspielen befassen sowie mit der Behandlung von psychisch Kranken in den USA.

Am 18. Dezember 2012 erklärte Präsident Obama seine Unterstützung für ein geplantes Gesetz der Senatorin Dianne Feinstein zum Verbot von Sturmgewehren und anderen halbautomatischen Waffen. Seit vielen Jahren gehört Lady Di aus San Francisco zu den Vorkämpferinnen für strengere Waffengesetze in den USA. Während der Präsidentschaft von Bill Clinton wirkte sie maßgeblich an einem Gesetz mit, das ab 1994 für zehn Jahre 18 Modelle der scheußlichsten Sturmgewehre und Schnellfeuerwaffen verbot. Präsident Georg W. Bush ließ es 2004 durch Nichtstun auslaufen. Nach der Tragödie von Newtown wollte Senatorin Feinstein am 3. Januar 2013, dem ersten Sitzungstag des Kongresses im neuen Jahr, eine Wiederbelebung des Gesetzes anstrengen. "Es würde", so die Senatorin, die von 1978 bis 1988 erster und einziger weiblicher Bürgermeister von San Francisco war, "den Verkauf, die Weitergabe, den Import und den Besitz von Angriffswaffen verbieten, nicht rückwirkend, sondern zukünftig. Mein Ziel besteht darin, Kriegswaffen von der Straße zu holen." (Zitiert nach neues deutschland, 20. Dezember 2012, S. 4)

Präsident Obama begrüßte, dass zahlreiche Mitglieder des Kongresses, sowohl Demokraten als auch Republikaner, ihre Meinung zu dem Thema Waffengewalt geändert hätten und nunmehr strengere Waffengesetze befürworteten. Bis jetzt führte kein Amoklauf in den USA zu einer Verschärfung der Waffengesetze, Newtown könnte das ändern.

Obamas wichtigste Gegnerin bei dem Versuch, die Waffengesetzgebung der USA zu verschärfen, ist die National Rifle Association (NRA). Diese Waffenlobby, die etwa vier Millionen Mitglieder hat, tritt seit Jahren erfolgreich für den Erhalt einer mehr als 220 Jahre alten Regel ein. Im zweiten Zusatz zur US-Verfassung heißt es: "Da eine gut organisierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates erforderlich ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden." Darauf beruht seit den Gründungstagen der USA ein verfassungsrechtlich garantierter Waffen-

fetisch, den der Oberste Gerichtshof im Jahre 2010 billigte. In fast allen US-Bundesstaaten mit Ausnahme des Distrikts of Columbia und der Hauptstadt Washington, ist das öffentliche Tragen von Waffen erlaubt.

Der Vizepräsident der National Rifle Association (NRA) Wayne LaPierre meldete sich im Auftrag seiner Organisation erst eine Woche nach der Newtown -Tragödie auf einer Pressekonferenz in Washington zu Wort. Die Waffenlobby will die gegenwärtige US-Waffengesetzgebung prinzipiell nicht ändern bzw. verschärfen, sondern schlägt folgendes Verfahren vor: "Der einzige Weg, einen bösen Menschen mit der Waffe zu stoppen, ist ein guter Mensch mit Waffe." (Zitiert nach: Berliner Zeitung vom 22./23. Dezember 2012, S. 6) LaPierre meint, dass in Zukunft an jeder Schule der USA bewaffnete Polizisten Dienst tun sollten. Waffen an Schulen dürften nicht länger ein Tabu sein. Die NRA sei bereit, die Schulwächter zu trainieren

Diese Vorschläge der NRA stießen auf eine harte und breit gefächerte Kritik, verbunden mit überzeugenden, dazu leicht verständlichen Begründungen und knallharten Beweisführungen. Die "New York Times" bezeichnete die Äußerungen des NRA - Vizepräsidenten als "verlogen, wahnhaft" und eine "fast verwirrte Hasstirade". Senator Frank Lautenberg aus New Jersey sagte, der Verband liege weit von dem entfernt, was die US-Öffentlichkeit wolle. Und der Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, warf der NRA eine "paranoide Vision eines noch gewalttätigeren Amerika" vor. Und an die Adresse des US-Präsidenten Barack Obama gewandt, betonte Michael Bloomberg; "Wenn er während seiner zweiten Amtszeit nichts tut, werden 48 000 Amerikaner durch illegale Waffen getötet." 12 000 Menschen sterben in den USA pro Jahr durch Schusswaffen.

Bisher hatte es Präsident Obama vermieden, im Zusammenhang mit einem Amoklauf eine Grundsatzdebatte zu der bestehenden US-Waffengesetzgebung auszulösen. Diesmal wird er sich an den Worten messen lassen müssen, die er auf der Trauerfeier in Newtown sprach: "Können wir sagen, dass wir für den Schutz unserer Kinder genug tun? Wenn wir ehrlich sind: Nein. Diese Tragödien müssen enden. Um sie zu beenden, müssen wir uns ändern." - Und

er fügte hinzu: "Wenn wir das nicht hinkriegen, kriegen wir gar nichts hin."

Die von der Biden-Kommission erarbeiteten und von Präsident Obama als Maßnahmepaket bestätigten Vorschläge für die Verschärfung des US-Waffenrechts bedürfen nunmehr der Zustimmung des Kongresses. Im erbitterten Streit um das US-Waffenrecht appellierte die "Koalition zum Stopp der Schusswaffengewalt" an alle Bürger der USA, die Abgeordneten und Senatoren unter Druck zu setzen. Präsident Obama räumte ein, dass die Durchsetzung der Initiativen dann gelingt, "wenn das amerikanische Volk es verlangt."

Die letzten Kalendertage 2012 und Präsident Obamas Ringen um einen Kompromiss im US-Haushaltstreit zur Umschiffung der sog. Fiskalklippe

Der 1. Januar 2013 sollte zum Tag der Wahrheit werden: Republikaner und Demokraten in den beiden Häusern des Kongresses mussten sich bis zum Silvesterabend auf einen Kompromiss einigen. Grund ist das Haushaltskontrollgesetz, das beide Parteien 2011 nach einem erbitterten Budgetstreit beschlossen hatten. Hinter dem Begriff 'Fiskalklippe' verbirgt sich in den USA eine automatische Steuererhöhung zum Jahresende 2012, die mit einer gewaltigen Kürzung der Staatsausgaben einhergeht, sollten sich Präsident, Senat und Repräsentantenhaus nicht zuvor auf eine Verringerung des Haushaltsdefizits einigen. Gelingt diese Einigung nicht, so schlussfolgerten Experten, sei der Beginn einer Rezession nicht abzuwenden. Und dies ist wohl das Letzte, was das wirtschaftlich angeschlagene Land derzeit braucht.

Der Senat stimmte am 1. Januar 2013 zwei Stunden nach Ablauf der Frist für den Sturz in die Fiskalklippe mit überwältigender Mehrheit von 89 zu 8 Stimmen einem Kompromiss im Haushaltsstreit zu, die Jahreseinkommen von mehr als 450 000 Dollar stärker zu besteuern, Steuererleichterungen für die Mittelschicht der US-Gesellschaft zu ermöglichen und soziale Leistungen für Arbeitslose zu verlängern.

Der US-Haushaltskompromiss beinhaltet weiterhin:

- Zuwendungen aus der Arbeitslosenversicherung werden für zwei Millionen Menschen um ein Jahr verlängert.
- Steuervorteile für die Erziehung von Kindern werden um fünf Jahre verlängert.
- Honorare von Ärzten, die Medicare-Patienten behandeln, werden nicht gekürzt.
- Landwirtschaftsprogramme werden vorübergehend verlängert.
- Die Erhöhung der Bezüge für Kongressabgeordnete wird gestrichen.

Am 1 Januar 2013 lag den Mitgliedern des Repräsentantenhauses der Haushaltskompromiss des Senats zur Beratung und Beschlussfassung vor. In der Diskussion wies der Mehrheitsführer der Fraktion der Republikanischen Partei, Eric Cantor, das Dokument grundsätzlich zurück. Als Sprecher der Tea Party Aktivisten und als politischer Gegner des Präsidenten Obama wiederholte er erzkonservative Argumente gegen Steuererhöhung und gegen die Ausgabenpolitik der Obama-Regierung.

Das Repräsentantenhaus gab jedoch grünes Licht für den vom Senat gebilligten Haushaltskompromiss mit der Unterschrift von 257 Abgeordneten. 167 Abgeordnete stimmten dagegen.

Die gemeinsame Beschlussfassung von 89 Senatoren und 257 Abgeordneten berechtigt die zu beantragende Rücknahme aller mit der "Finanzklippe" verbundenen Steuererhöhungen und enormen Ausgabenkürzungen. Präsident Barack Obama begrüßte und lobte die Einigung zwischen Demokraten und Republikanern, aber er verwies gleichzeitig darauf, dass dies nur der erste Schritt zur wirtschaftlichen Stärkung der größten Volkswirtschaft in der Welt sei. 98 Prozent der Bürger der USA und 97 Prozent der Kleinunternehmen bleiben von Steuererhöhungen verschont: "Es gibt mehr zu tun, um unsere Defizite zu reduzieren", erklärte Präsident Obama. Er sei dazu willens.

Am 2. Januar 2013 unterzeichnete Präsident Obama den zustande gekommenen Budgetkompromiss. Damit konnte das Regelwerk in

Kraft treten und das drohende "fiscal cliff" vorerst umschifft werden.

Am 3. Januar 2013 kam der "Neue Kongress der USA" zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen

Die Mehrheitsverhältnisse in beiden Kammern des 113. Kongresses bleiben weitgehend unverändert: Im Senat, dem Oberhaus des Parlaments, dominieren die Demokraten mit 55 von 100 Senatoren. Im Repräsentantenhaus besitzen weiterhin die Republikaner die Mehrheit mit 235 von 435 Sitzen.

Der Republikaner John Boehner wurde als Vorsitzender des Repräsentantenhauses bestätigt, aber 12 Republikaner aus dem Kreis der Tea Party Aktivisten verweigerten ihm die Stimme, ganz offensichtlich vor allem aus Ärger über den von ihm mitgetragenen Kompromiss im US-Haushaltsstreit. Dies ist ein klarer Hinweis dafür, dass die Fronten nicht nur zwischen Republikanern und Demokraten verlaufen, sondern sie gehen auch mitten durch Boehners eigene Fraktion.

Bei der Begrüßung von Parlamentsneulingen unterstrich John Boehner folgende Gedanken: "Wer hierher gekommen ist, um seinen Namen mit Leuchtschrift zu sehen oder politische Siege zu feiern, ist am falschen Ort." Die heutigen Zeiten verlangen nach Demut.

Im Kapitol von Washington sind künftig so viele Frauen vertreten wie noch nie: 20 sind es im Senat und 81 im Repräsentantenhaus. Diese 101 Mandate entsprechen 19 Prozent der insgesamt 535 Sitze im US-Kongress. Das sind sieben Mandate mehr als im vorherigen Kongress.

Im Senat gibt es nur einen Schwarzen, den Republikaner Tim Scott aus dem US-Bundesstaat South Carolina. Er ist der siebte Afroamerikaner in der Geschichte des US-Senats. Zwei Senatoren sind spanischstämmig, darunter der als Hardliner bekannte Marco Rubio, Sohn kubanischer Einwanderer.

Im Repräsentantenhaus gehören alle 43 im November 2012 gewählten schwarzen Abgeordnete der Fraktion der Demokratischen Partei an. Der US-Kongress hat nach zwei Monaten wie bereits dargelegt die Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten formal besiegelt.

In einer kurzen Zeremonie wurden die 332 Wahlmännerstimmen ausgezählt, die Obama am 6. November des Vorjahres in den US-Bundesstaaten und in der Hauptstadt Washington, D.C., erhalten hatte.

Das Parlament ist zutiefst gespalten. Die Beschlussfassung besonders auf den Gebieten Haushalt, Schuldenobergrenze, Steuerreform, Einwanderung und Waffen wird weiterhin schwierig sein. Zahlreiche Probleme sind altbekannt. Auf Lobbyisten dürfte viel Arbeit zukommen.

Wie bereits berichtet wurde Barack Obama am 20. Januar 2013 offiziell ins Amt eingeführt. Da dieses traditionelle Datum in diesem Jahr auf einen Sonntag fiel, gab es zunächst nur einen kurzen Akt im Weißen Haus. Die feierliche Amtseinführung fand unter freiem Himmel einen Tag später vor dem Kapitol statt.

Der wiedergewählte Präsident unterstrich anlässlich dieser Inaugurationsfeier am 21. Januar 2013 in einer ernsten, international beachteten politischen Rede seine Bereitschaft, im Verlaufe der zweiten Amtszeit die Gleichheit aller Bürger mit Hilfe eines in der Sozialpolitik starken Staates entschlossen durchzusetzen.

Die Rede widerspiegelt ein ganzes Programm für die zweite Amtszeit: Angemessene Entlohnung der Frauen, rechtliche Gleichstellung Homo-sexueller, Bestätigung einer neuen Einwanderungspolitik, verschärfte US-Waffengesetzgebung, erfolgreiche Bewältigung des Klimawandels, Förderung erneuerbarer Energieträger und bewusste Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung.

Und schließlich verkündete Obama: "Ein Jahrzehnt des Krieges endet nun." Konflikte mit anderen Staaten sind friedlich beizulegen - "„nicht weil wir naiv die Gefahren übersehen", sondern um nachhaltiger "Misstrauen und Furcht abzubauen". (FAZ 22. Januar 2013, S.1)

Welch ein Versprechen!

Wie wird die Bilanz der zweiten Amtszeit aussehen?